

## 1.2. Aufbau der Studie

Die vorliegende Publikation besteht aus zwei Teilen: der *Studie* selbst und einem Anhang. Im *Anhang* sind ausgewählte Langfassungen von Beiträgen wiedergegeben, die für diese Studie des Beirats angefertigt und hier eingearbeitet wurden. Für diese Beiträge (blaue Blätter) trägt nicht der Beirat die Verantwortung, sondern einzelne Mitglieder der Arbeitsgruppe „Budgetpolitik“.

Die Schlußfolgerungen und Empfehlungen sind im nachfolgenden *Kapitel 2* der Studie zusammengefaßt.

In *Kapitel 3* beginnt die eigentliche Analyse. Die „Spielregeln“ von Maastricht werden vorgestellt und analysiert. Sodann werden eine Reihe von vorwiegend statistisch-technischen Fragen beantwortet, die sich in diesem Zusammenhang stellen: Wie grenzen internationale Organisationen (UN, EU, OECD, IMF) jene Kenngrößen ab, mit der sie die Finanzlage ihrer Mitgliedsländer vergleichen und evaluieren? Vor allem aber: Was versteht die EU im Zusammenhang mit den „Maastricht-Kriterien“ unter den Begriffen „Defizit“ und „Verschuldung“, und wie ist der „öffentliche Sektor“ abgegrenzt? Wie werden die maßgeblichen Kennzahlen berechnet? Daraus leitet sich eine inhaltliche Frage ab: Erfüllt Österreich die fiskalischen Konvergenzkriterien der geplanten WWU?

*Kapitel 4* lenkt den Blick in das Ausland und versucht eine aktuelle Bestandsaufnahme der Frage: Wie erfüllen die EU- und EFTA-Mitgliedstaaten die fiskalischen Maastricht-Kriterien?

In *Kapitel 5* werden die Handlungsspielräume für die österreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgelotet, die sich aus einer angestrebten oder erworbenen Mitgliedschaft bei der WWU ergeben. In diesem Zusammenhang werden die Erfahrungen mit der Hartwährungspolitik Österreichs, die ja eine „de facto-Währungsunion“ mit Deutschland darstellt, eingebracht. In der geplanten WWU mit endgültig fixen Wechselkursen oder einer gemeinsamen Währung und einer zentral koordinierten Geldpolitik bleiben zunächst Finanz- sowie Einkommenspolitik autonom handhabbar. Aber die Spielräume zur autonomen Gestaltung der Finanzpolitik sind durch die fiskalischen Konvergenzkriterien deutlich beschnitten. Das „Maastricht-Regime“ bringt neue Herausforderungen nicht nur für die Budgetniveau-, sondern besonders auch für die Budgetstrukturpolitik. Es interessieren nicht nur die Begrenzungen und Sanktionen, die aus den geänderten institutionellen Rahmenbedingungen resultieren. Vielmehr ergeben sich aus der Einschätzung der Budgetpolitik einzelner Mitgliedstaaten durch die internationalen Kapitalmärkte auch erhebliche Anreize zur Budgetkonsolidierung.

Das abschließende *Kapitel 6* ist zwei Spezialproblemen gewidmet. Die fiskalischen Konvergenzkriterien gelten für den gesamten öffentlichen